Jenseits des Techno-Feudalismus: Für eine Kritik des digitalen Imperialismus

von Nikos Smyrnaios, 17.6.26 (Automatisierte und auf grobe Fehler durchgesehene Übersetzung)

Wie lassen sich die Veränderungen des Kapitalismus unter dem Einfluss des Vormarsches digitaler Technologien begreifen? Nikos Smyrnaios greift hier die Debatte um den Techno-Feudalismus auf, um eine andere Hypothese vorzubringen, die er als „digitalen Imperialismus“ bezeichnet. Er skizziert hier die wichtigsten Dimensionen und unterstreicht die Bedeutung der Plattformisierung des öffentlichen Raums für das Verständnis der aktuellen Logiken der Herrschaft, aber auch des Widerstands.

Der Kern des zeitgenössischen Kapitalismus durchläuft eine systemische Krise, deren strukturelle Tendenzen sich gegenseitig verstärken. Auf wirtschaftlicher Ebene sind die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder seit 2008 von einer Phase lang anhaltender Stagnation geprägt: schwaches Wachstum, anhaltende Schwäche der produktiven Investitionen, bescheidene Produktivitätszuwächse, Kreditausweitung und zunehmende Ungleichheiten. Diese depressive Phase fällt paradoxerweise mit intensiver digitaler Innovation und dem Aufstieg neuer Kapitalfraktionen zusammen, an deren Spitze die „neue Bourgeoisie des Silicon Valley“ steht (Smyrnaios, 2022).

Auf politischer Ebene durchlaufen die liberalen Demokratien eine Phase tiefgreifender Destabilisierung, deren sichtbarster Ausdruck der Aufstieg rechtsextremer politischer Kräfte ist. Aus geopolitischer Sicht zerfällt die Weltordnung unter dem Aufstieg Chinas, des Rückgangs des Freihandels und der Remilitarisierung der internationalen Beziehungen auf. Diese Dynamiken stehen nicht isoliert da. Sie bilden ein Ganzes, das die politische Ökonomie in seiner Gesamtheit und seinen Widersprüchen zu erfassen versuchen muss.

Die techno-feudalistische Hypothese erhebt gerade den Anspruch, eine solche ganzheitliche Erfassung anzubieten. Sie erkennt reale, typische Fakten: den Aufstieg rentenorientierter Logiken auf Kosten produktiver Investitionen, die

Entstehung digitaler Monopole von beispielloser Konzentration sowie die Verstärkung der Verbindungen zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht. Sie weist jedoch auch zahlreiche Grenzen auf.

Dieser Artikel schlägt einen alternativen Rahmen vor: den Begriff des digitalen Imperialismus, der nicht als geopolitische Metapher, sondern als politikökonomisches Konzept verstanden wird, das fünf Dimensionen miteinander verknüpft, die der Ansatz des Techno-Feudalismus in seinen verschiedenen Ausprägungen entweder getrennt oder gar nicht behandelt: die monopolistische Logik des Kapitals; dessen oligarchische Neugestaltung; die organische Rolle des Staates und des militärisch-digitalen Komplexes; die interkapitalistischen Rivalitäten auf globaler Ebene; und die Plattformisierung des öffentlichen Raums als konstitutive Dimension der politischen Herrschaft (Smyrnaios, 2025a).

Dieser Vorschlag steht in einer intellektuellen Tradition der politischen Ökonomie der Kommunikation, wie sie Herbert Schiller bereits Ende der 1960er Jahre durch das Konzept des Kulturimperialismus formuliert hat (Schiller, 1969, 1976). Schiller vertritt die Auffassung, dass die Informations- und Kulturindustrien nicht bloße Träger ideologischen Einflusses sind, sondern den wirtschaftlichen Kern des US-Imperialismus bilden und das Instrument par excellence für dessen weltweite Expansion in der Nachkriegszeit darstellen.

Die Hypothese des „digitalen Imperialismus“ stellt einen Versuch dar, diesen analytischen Rahmen in einem Kontext zu aktualisieren, in dem sich das, was Schiller beschreibt, erheblich vertieft und verkompliziert: geopolitische Multipolarisierung; Quasi-Verschmelzung der Kultur- und Tech-Industrien; Präsenz des digitalen Oligopols in allen Schichten der Wirtschaft und organische Integration in den militärisch-industriellen Komplex.

Die Argumentation erfolgt in drei Schritten. Zunächst untersuche ich kurz die techno-feudalistische Hypothese in ihren beiden Hauptversionen und zeige ihre Grenzen auf. Anschließend schlage ich einen theoretischen Rahmen vor, der auf dem Begriff des Imperialismus basiert, der hier als konstitutives Merkmal des Kapitalismus wiederbelebt wird, der wiederkehrende Spitzenphasen durchläuft, und nicht als dessen Endstadium. Schließlich zeige ich, dass die Plattformisierung des öffentlichen Raums eine zentrale Dimension dieses digitalen Imperialismus darstellt und kein Nebeneffekt ist.

Mein Argument lautet, dass künstliche Intelligenz und digitale Plattformen mittlerweile in zweierlei Hinsicht untrennbar mit imperialer Macht verbunden sind: Einerseits fügen sie sich als industrielle Werkzeuge in die kapitalistische Produktionsweise ein, um deren Effizienz (einschließlich der militärischen) sowie deren Konzentration zu steigern und gleichzeitig deren Eliten neu zu formieren; andererseits restrukturieren sie als Technologien der Kulturproduktion und Vermittlung die öffentliche Sphäre, in der soziale Vorstellungen zirkulieren und Meinungen gebildet werden.

Anders ausgedrückt: Die Digitalisierung wirkt gleichzeitig auf die wirtschaftliche Basis und auf den politischen und ideologischen Überbau ein. Es ist diese Gesamtkonstellation, die es rechtfertigt, das Adjektiv „digital“ mit dem Begriff des Imperialismus zu verbinden, um dessen Besonderheiten in der aktuellen Lage zu erfassen.

I. Die techno-feudalistische Hypothese und ihre Grenzen

Der Begriff des Techno-Feudalismus hat in den letzten Jahren in den Debatten über die Transformationen des digitalen Kapitalismus eine bemerkenswerte Verbreitung erfahren. Er beruht auf einer weithin geteilten Diagnose, doch die daraus abgeleitete Interpretation wird stark kritisiert, was dennoch seine erkenntnistheoretische Stärke unterstreicht. Bei diesen Theoretisierungsbemühungen dominieren zwei Versionen: die in den Medien viel beachtete von Yanis Varoufakis (2023) und die wirtschaftlich strengere von Cédric Durand (2020).

Die Version von Varoufakis beruht auf der Vorstellung, dass der Kapitalismus durch ein System digitaler Lehensgüter ersetzt worden sei, in dem die Eigentümer der Cloud Renten von „digitalen Leibeigenen“ abschöpfen. Diese These hat vielfältige Einwände hervorgerufen. So betont beispielsweise Vrousalis (2025), dass sie die Literatur zu Arbeit und Ausbeutung im digitalen Kontext völlig außer Acht lässt.

Die Kommerzialisierung der Aufmerksamkeit ist zwar real, stellt jedoch keine wertschöpfende Tätigkeit im marxistischen Sinne dar, und der „ Diebstahl von Aufmerksamkeit“ kann nicht mit einem Diebstahl von Arbeit gleichgesetzt werden. Für ihn ist die Analogie zur feudalen Leibeigenschaft zudem historisch

unbegründet: Der Feudalismus beruhte auf der erzwungenen Abgabe von Fronarbeit durch direkten Zwang, während das „Cloud-Kapital“ keinerlei physischen Zwang dieser Art auf seine Nutzer*innen ausübt.

Broca (2017) präzisiert diesen Punkt auf philosophischer Ebene: Wenn ein Internetnutzer eine Suche bei Google durchführt, ist es sein Ziel, Informationen zu erhalten, und nicht, Daten für die Plattform zu produzieren. Die erzeugten Daten sind lediglich ein unbeabsichtigter Nebeneffekt dieser Aktivität, und der Begriff der Arbeit beinhaltet seit Marx eine Dimension bewusster Intentionalität, die durch die bloße Erzeugung von Daten nicht erfüllt wird.

Die Frage, inwieweit die verschiedenen individuellen und kollektiven digitalen Nutzungsformen eine Form der Ausbeutung darstellen oder nicht und nach welchen Kriterien dies zu beurteilen ist, bleibt daher offen und wird im Rahmen der Kontroverse um „digital labor“ intensiv diskutiert (Casilli, 2019). Sicher ist hingegen, dass der feudale Rahmen es nicht zulässt, diese Frage angemessen zu durchdenken, indem er unter der Figur des „Leibeigenen“ “ heterogene Realitäten subsumiert, die gesonderte Analysen erfordern.

Durands Version ist theoretisch fundierter und analytisch seriöser als die von Varoufakis. Sie betrachtet das Digitale als eine Rückentwicklung, bei der die Wirtschaft die Abschöpfung von Renten auf Kosten produktiver Ziele in den Vordergrund stellt. Doch auch sie blieb von Kritik nicht verschont.

Lebayle und Pinsard (2021) widerlegen die systematische Gleichsetzung digitaler Einkünfte mit Grundrenten: Im Kapitalismus ist die Rente kein direktes Ausbeutungsverhältnis wie im Feudalismus, sondern ein aus dem Mehrwert abgeleitetes Einkommen, dessen Fortbestand ständige Reinvestitionen erfordert, um Markteintrittsbarrieren aufrechtzuerhalten. Die Vorstellung eines allgemeinen Rückzugs aus der Produktion wird durch die Aktivitäten der Technologiegiganten widerlegt, die wie klassische Kapitalisten agieren, die dem allgemeinen Gewinnausgleich entgehen wollen.

Morozov (2022, 2025) untermauert diesen Einwand: Die massiven Investitionen der Technologieunternehmen in Forschung und Entwicklung stehen im krassen Gegensatz zur Logik eines faulen Rentier-Feudalherren. Dieses Kapital zielt nicht einfach darauf ab, einen Tribut einzutreiben, sondern darauf, kolossale physische Infrastrukturen und wissensbasierte Produktivkräfte aufzubauen. Harribey (2025)

bestätigt, dass die Nutzung von Daten und generativer künstlicher Intelligenz die Effizienz zahlreicher Sektoren steigert, den Warenverkehr beschleunigt und die Gesamtproduktivität ankurbelt, was bestätigt, dass wir nach wie vor in einer kapitalistischen Profitlogik verankert sind.

Durand (2022, 2025) antwortet auf diese Kritik, indem er auf einen qualitativen Wandel der Produktionsverhältnisse hinweist. Angesichts des Einwands von Morozov hinsichtlich der Vitalität technologischer Investitionen prangert er eine mikroökonomische Verzerrung an. Seiner Ansicht nach ist das Zeitalter der Big Tech auf makroökonomischer Ebene durch einen Einbruch der Nettoinvestitionen und einen anhaltenden Rückgang der Arbeitsproduktivität gekennzeichnet. Die schwindelerregenden Zahlen der Investitionen in generative künstliche Intelligenz (GKI) seien beispielsweise keine Triebkräfte für globales Wachstum, sondern würden räuberische Kräfte nähren, die die Gewinnaussichten in anderen Sektoren beeinträchtigten.

Im Gegensatz zu Varoufakis behauptet Durand nicht, dass der Techno-Feudalismus eine völlig neue Stufe des Kapitalismus darstelle, sondern vielmehr eine neue makroökonomische Dynamik, die ein vom digitalen Oligopol dominiertes System hervorbringe und auf Abhängigkeit und Kontrolle beruhe. Diese konzeptionelle Zurückhaltung spricht für ihn.

Die Frage nach dem genauen Wesen der digitalen Rente bleibt hingegen offen. Durand schlägt vor, sie als eine Art Lehnsabgabe oder einen Tribut ähnlich einer Straßenmaut zu begreifen, da Daten keine traditionellen Waren, sondern Kontrollinstrumente sind. Seine Kritiker, allen voran Lebayle und Pinsard, entgegnen ihm, dass es sich um Gewinne aus vorübergehenden Monopolen handelt, die ständige Reinvestitionen erfordern. Die Debatte dreht sich hier um Fragen der politischen Ökonomie – die Natur der Monopolrente, ihre Fortbestehensbedingungen, ihr Verhältnis zum Mehrwert –, deren endgültige Klärung den Rahmen dieses Artikels sprengen würde.

Dennoch lässt sich feststellen, dass die jüngsten empirischen Daten zum Umfang der Investitionen in die IAG, zu ihrem Materialbedarf (Energie, Wasser, Seltene Erden usw.) sowie zu den Produktivitätsgewinnen, die sie in Sektoren wie der IT-Entwicklung generiert (Cui et al., 2026), den Kritikern in diesem speziellen Punkt Recht zu geben scheinen.

Noch origineller ist das Argument zu dem, was Durand als „regressive Sozialisierung“ bezeichnet. Unter Rückgriff auf die Arbeiten von Ernest Mandel zeigt er, dass die zunehmende Sozialisierung der Arbeit in der aktuellen Dynamik, anstatt das Individuum zu befreien, zu einer totalen Unterordnung führt. Digitale Vermögenswerte und ihre Nutzer*innen werden untrennbar miteinander verbunden, wodurch eine neue Verschmelzung der Produktionsfaktoren entsteht, die die Mobilität behindert und die Akteure in geschlossene Räume einsperrt. Diese Verschmelzung würde die klassische Logik des Marktwettbewerbs durchbrechen und Investitionen eher in Richtung einer intellektuellen Monopolisierung als in Richtung der Entwicklung der Produktivkräfte lenken.

Diese Diagnose über die regressiven Auswirkungen der digitalen Sozialisierung erscheint intuitiv richtig, beruht jedoch auf zwei widersprüchlichen Argumenten.

Einerseits nutzt das digitale Oligopol in bestimmten Situationen geistiges Eigentum, um Markteintrittsbarrieren zu errichten (man denke hier an Apple oder Microsoft), während es sich in anderen Situationen die Logik der Open-Source-Bewegung zu eigen macht oder sogar systematisch und in großem Umfang gegen das geistige Eigentum der Kulturindustrie verstößt, beispielsweise um große Sprachmodelle zu trainieren (Jacobsen, 2025). Daraus ergibt sich eine Umsetzung der Strategie der asymmetrischen intellektuellen Monopolisierung, je nach den jeweiligen Zielen und Interessen.

Auf der anderen Seite weisen mehrere Kritiker, darunter der zuvor zitierte Morozov, zu Recht darauf hin, dass dem sehr allgemeinen Begriff „Nutzer*in“ soziologische Tiefe fehlt und er sehr reale Arbeitnehmer*innen verschleiert: Content-Moderator*innen, die für lächerliche Löhne psychischen Belastungen ausgesetzt sind, Lieferfahrer*innen unter ständiger algorithmischer Überwachung, Arbeiter*innen in Halbleiterfabriken, deren Ausbeutungsbedingungen voll und ganz dem industriellen Kapitalismus zuzuordnen sind.

Was den Staat betrifft, beobachtet Durand einen „Zerfall der Politik“ zugunsten des digitalen Kapitals. Seiner Ansicht nach zeuge das Vordringen der Teams von Elon Musk oder Palantir in administrative und militärische Funktionen von einer Verschmelzung, bei der private Macht die Fähigkeiten der öffentlichen Planung absorbiert.

Die Beobachtung ist zutreffend, doch die Interpretation ist fragwürdig. Man kann durchaus argumentieren, dass es sich hierbei nicht um eine Unterordnung des Staates unter die Tech-Branche handelt, sondern um eine organische Integration beider Bereiche.

Es handele sich dann um eine Neugestaltung des US-amerikanischen militärisch-industriellen Komplexes, dessen konstituierender Bestandteil das digitale Kapital mittlerweile ist – und nicht um einen externen Akteur, der diesen kolonisiert.

Tatsächlich finanziert das Pentagon das Silicon Valley seit dessen Anfängen massiv, um ein technologisches Ökosystem im Dienste der imperialen Interessen der USA aufzubauen (Smyrnaios, 2025b).

Darüber hinaus zeigt die Berücksichtigung des chinesischen Paradigmas, dass nicht der Staat sich unterwirft: Es sind der Staat und die Oligopole, die sich gemeinsam in einer organischen Beziehung aufgebaut haben – genau das, was die feudale Theorie unsichtbar macht.

Die tiefgreifendste Grenze des Techno-Feudalismus im Hinblick auf den Vorschlag dieses Artikels ist jedoch anderer Art. Sie liegt im Fehlen der politischen Frage und des Überbaus in seinem analytischen Rahmen. Der Techno-Feudalismus ist eine Wirtschaftstheorie des digitalen Kapitalismus, die das, was vielleicht eine seiner entscheidendsten Dimensionen ist, im toten Winkel lässt: die dialektische Beziehung zwischen den Veränderungen der Produktionsweise und der politischen Sphäre, deren zentraler Bestandteil der öffentliche Raum ist.

Doch genau hier liegt der große Widerspruch unserer Zeit. Die Eigentümer der digitalen Plattformen und der IAG definieren die Konturen einer neuen Produktionsweise, während sie sich gleichzeitig in den militärisch-digital-industriellen Komplex integrieren und die Infrastrukturen kontrollieren, die der gesamten politischen Sphäre zugrunde liegen – Kommunikation, Information, Bildung, kollektive Entscheidungsfindung.

Diese Konstellation bringt gleichzeitig Produktionssysteme hervor, deren Akkumulationslogik die gesamte Wirtschaft umstrukturiert, Mechanismen der ideologischen Herrschaft von einer in der Mediengeschichte beispiellosen Macht sowie Orte des Widerstands für Gegenöffentlichkeiten, die eben diese Infrastrukturen nutzen, um die herrschende Ordnung in Frage zu stellen.

Die Plattformisierung des öffentlichen Raums ist kein Nebenerzeugnis, das man der wirtschaftlichen Analyse nach deren Abschluss hinzufügen könnte. Im Gegenteil, sie ist konstitutiver Bestandteil der Logik des digitalen Imperialismus, der ohne sie nicht verstanden werden kann. Es ist diese Verknüpfung zwischen politischer Ökonomie, dem militärisch-digitalen Komplex und der Transformation des öffentlichen Raums, die der Begriff des digitalen Imperialismus erfassbar macht.

II. Der spezifische Ansatz des digitalen Imperialismus

Dieser Ansatz hat den Verdienst, die grundlegende Asymmetrie zwischen Zentrum und Peripherie in der digitalen Wirtschaft zu benennen und deren Ausbeutungsmechanismen zu dokumentieren – die Ausbeutung von Moderations- und Annotationsarbeit in den Ländern des Globalen Südens, die Datenerfassung sowie die Kontrolle über die Unterwasser-Kabelinfrastruktur. Er stößt jedoch an eine Grenze: Indem die Analyse auf das Nord-Süd-Verhältnis ausgerichtet ist, lässt sie weder die Herrschaft des digitalen Imperialismus innerhalb der sozialen Formationen des Zentrums noch jene auf der Süd-Süd-Ebene Süd.

Frankreich, Deutschland oder das Vereinigte Königreich sind keine digitalen Kolonien im Sinne von Kwet. Dennoch sind diese Länder in vollem Umfang von Phänomenen betroffen wie der Abhängigkeit ihrer Medien von den Algorithmen US-amerikanischer Plattformen oder der zunehmenden Übertragung hoheitlicher staatlicher Aufgaben an private Akteure aus den USA. Zudem geht der wachsende politische und wirtschaftliche Einfluss Chinas mit einer digitalen Expansion einher: Konzerne wie Baidu, Tencent oder Alibaba sind in Südostasien (Malaysia, Thailand oder Singapur), in Afrika (insbesondere in Nigeria und Kenia) sowie in Lateinamerika (wie in Brasilien und Mexiko) stark vertreten, wo chinesische Unterhaltungs- und E-Commerce-Plattformen immer erfolgreicher werden.

In Nordamerika und Europa werden TikTok, Temu und Shein sehr häufig genutzt, unterliegen dabei jedoch zunehmenden politischen und regulatorischen Auflagen. Die Übernahme der US-Tochtergesellschaft von TikTok durch Larry Ellison, einen Verbündeten Trumps, dessen Konzern im IT- und KI-Bereich (Oracle), aber auch in der Kultur- und Medienbranche (CBS, CNN, Paramount, HBO und nun auch Warner Bros. und CNN), ist ein Beispiel dafür. Schließlich stehen auch

chinesische Akteure wie DeepSeek an der Spitze der IAG-Technologien und haben sich dabei ganz bewusst für Open-Source-Modelle entschieden.

Anhand des Begriffs „Datenkolonialismus“ versuchen Couldry und Mejias (2022), diese geografische Grenze zu überwinden, indem sie den Begriff des Kolonialismus auf die Aneignung des gesamten menschlichen Lebens in Form von Daten ausweiten. Ihre These lautet, dass „Datenbeziehungen“ die Arbeitsbeziehungen als zentralen Vektor der zeitgenössischen kapitalistischen Herrschaft abgelöst haben.

Trotz der erkenntnistheoretischen Stärke dieses Vorschlags, der vielfach aufgegriffen und kommentiert wurde, formuliert Yasaei (2025) eine Kritik daran, die mir entscheidend erscheint: Indem sie Daten anstelle von Arbeit als Substanz der Ausbeutung setzen, brechen Couldry und Mejias mit der marxistischen Grundlage der Werttheorie, wonach es die Arbeit und nicht die Ware Daten ist, die „ die gemeinsame soziale Substanz“ der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse bildet. Indem sie die Arbeit aus dem Kern der Analyse ausschließen, machen sie genau jene Ausbeutungsverhältnisse unsichtbar, die sie eigentlich anprangern wollen. Yasaei fügt hinzu, dass ihr Rahmen keine Periodisierung des historischen Kapitalismus vorschlägt: Er beschreibt eine gegenwärtige Konfiguration, ohne sie in eine langfristige Akkumulationsdynamik einzubetten, was ihm jeglichen Vorhersagewert und jegliche strategische Verankerung nimmt.

Die Geopolitik des Digitalen, zu der Coelho (2023) eine besonders fundierte Darstellung liefert, befasst sich mit den Machtverhältnissen zwischen Staaten und multinationalen Konzernen bei der Kontrolle der globalen digitalen Infrastrukturen – Unterseekabel, Rechenzentren, Satelliten, technische Standards. Seine Beschreibung der „technischen Vereinnahmung“ und der wachsenden Abhängigkeit öffentlicher Verwaltungen in Europa und anderswo weltweit von privaten US-Akteuren deckt sich empirisch mit mehreren Aspekten unserer eigenen Argumentation. Doch sein Rahmen bleibt geopolitisch: Er analysiert Akteure und ihre Machtverhältnisse, ohne die Logik der kapitalistischen Akkumulation, die sie hervorbringt, noch die ihr zugrunde liegenden Klassenverhältnisse. Er berücksichtigt auch nicht die Dimension des öffentlichen Raums, der hier als kommunikativer Spielraum im Mittelpunkt steht. Es handelt sich um eine präzise Darstellung der Konfiguration, der jedoch eine Theorie ihrer Dynamik fehlt.

Schließlich kommt der Begriff des „Plattformimperialismus“ dem von mir vorgeschlagenen Ansatz am nächsten. Dieser Begriff wurde insbesondere von Dal Yong Jin (2015) in Anlehnung an Schiller verwendet und von Yasaei (2025) unter dem Gesichtspunkt des kognitiven Kapitalismus aufgegriffen. Jin liegt richtig, wenn er frühzeitig den imperialistischen Rahmen wiederbelebt, um die Dominanz der US-amerikanischen Plattformen zu analysieren. Doch seine Analyse bleibt formal, ohne echte Verknüpfung mit einer Klassentheorie oder einer Periodisierung des Kapitalismus und ohne Berücksichtigung der Dimension des öffentlichen Raums. Yasaei bettet die Idee des Plattformimperialismus zwar in die lange Geschichte des Kapitalismus ein, macht daraus jedoch eine weitere Form des „höchsten Stadiums“ und reproduziert sozusagen die teleologische Logik der leninistischen Sichtweise.

Der Imperialismus, wie ich ihn hier verstehe, wird jedoch nicht als Endstadium, sondern als konstitutives Merkmal des Kapitalismus begreift, der wiederkehrende Spitzenphasen durchläuft, die mit spezifischen Akkumulationskrisen verbunden sind. Insofern bleibt die von Yasaei vorgeschlagene Periodisierung dennoch nützlich. Die strukturierende Analogie, die ich von Winseck (2017) übernommen habe, lautet wie folgt: So wie die Krise von 1873 und die darauf folgende lange Depression den Auftakt zur imperialistischen Phase des industriellen Kapitalismus bildeten – mit ihrer monopolistischen Konzentration, ihrer Verschmelzung von Bank und Industrie und ihren zwischenstaatlichen Rivalitäten –, so bildete die Dot- -com-Krise von 2000–2001 den Auftakt zur imperialistischen Phase des digitalen Kapitalismus, deren endgültiger Beginn durch die Krise von 2008 markiert wurde, als die Börsenbewertungen der Digitalunternehmen dank der massiven Liquiditätsspritzen der Zentralbanken auf beispiellose Höhen getrieben wurden.

Eine letzte Positionierung drängt sich auf: nämlich diejenige bezüglich der US-amerikanischen Besonderheit dieses Phänomens. Lehdonvirta (2022) bietet eine sozioökonomische Analyse der Macht der großen US-amerikanischen Technologieunternehmen, indem er sie mit historischen Imperien vergleicht. Er vertritt die Auffassung, dass Amazon, Google oder Apple eine Form der Herrschaft ausüben, die mit der kolonialer Imperien vergleichbar ist – nicht durch territoriale Eroberung, sondern durch die Kontrolle globaler digitaler Infrastrukturen.

Diese „Cloud-Imperien“ organisieren und regulieren ganze Wirtschaftsbereiche

(Online-Handel, Anwendungen, Daten), indem sie die Infrastrukturen, die Zugangsregeln und die Wertverteilung kontrollieren. Bradford (2023) bestätigt diese Realität aus einer liberal-institutionellen Perspektive und stellt fest, dass die Giganten aus dem Silicon Valley zu regelrechten „digitalen Imperien“ geworden sind gerade deshalb, weil der US-Staat die politische Entscheidung getroffen hat, ihnen keine Beschränkungen aufzuerlegen. Dies interpretiert die marxistische politische Ökonomie als den organischen Ausdruck eines strukturellen Bündnisses zwischen digitalem Kapital und imperialem Staat im neoliberalen Rahmen.

Allerdings zeigt Mirrlees (2024), dass China ähnliche Instrumente wie die USA einsetzt, um seine Kommunikationsindustrien im globalen Süden mit einer gewissen Effizienz zu internationalisieren, wie oben erwähnt – Fünfjahrespläne, die digitale „Belt and Road“-Initiative, staatliche Subventionen, Handelsdiplomatie, Schutz des geistigen Eigentums.

Dies bestätigt, dass der digitale Imperialismus eine strukturelle Logik des Spätkapitalismus ist und kein Merkmal, das einem bestimmten Imperium eigen ist. Die Vereinigten Staaten bleiben zwar auch heute noch die weltweit dominierende imperiale und digitale Macht, befinden sich jedoch in einer tiefen wechselseitigen Abhängigkeitsbeziehung zu China, was paradoxerweise zu einer Verschärfung ihrer Konfrontation führt (Bürbaumer, 2024).

III. Die konstitutiven Dimensionen des digitalen Imperialismus

Der Begriff des digitalen Imperialismus, wie ich ihn konstruiere, unterscheidet sich von allen zuvor erwähnten Ansätzen dadurch, dass er fünf konstitutive Dimensionen in einem kohärenten Rahmen miteinander verknüpft: die monopolistische Logik des Kapitals; den militärisch-digitalen Komplex als Kern der Herrschaft; die interimperialen Rivalitäten als systemische Dynamik; und die oligarchische Neugestaltung als politische Form. Die Plattformisierung des öffentlichen Raums, auf die ich im letzten Teil näher eingehen werde, bildet die fünfte, kommunikative Dimension dieses Gesamtkontexts.

Die erste „klassische“ Dimension des Imperialismus ist die Konzentration des Kapitals. In der gegenwärtigen Phase erlebt diese eine sowohl qualitative als auch quantitative Vertiefung, die in der Geschichte beispiellos ist. Louçã und Machado (2026) ordnen die Digitalgiganten ausdrücklich in den jahrhundertelangen

Verlauf der Konzentration und Zentralisierung des Kapitals ein, den Marx im 19. Jahrhundert identifiziert hatte und dessen imperialistische Form Lenin zu Beginn des 20. Jahrhunderts theoretisiert hatte. Wie sie zu Recht anmerken, hat sich das, was Marx vorausgesehen hatte, in seiner Größenordnung verändert.

In den ersten Monaten des Jahres 2026 überstieg die kombinierte Marktkapitalisierung der wichtigsten US-amerikanischen Technologieunternehmen – Apple, Alphabet (Google), Microsoft, Nvidia, Amazon, Meta und Tesla – 20.000 Milliarden Dollar. Diese zusammengefasste Bewertung für eine so kleine Gruppe von Unternehmen, ist vergleichbar mit den größten Volkswirtschaften der Welt und liegt nahe am Bruttoinlandsprodukt der Vereinigten Staaten sowie über dem der Europäischen Union.

Aus finanzieller Sicht macht diese Gruppe einen überwiegenden Anteil der großen US-Börsenindizes aus, mit einem Anteil von über 30 % an der Marktkapitalisierung des S&P 500 und etwa 60 % an der des Nasdaq, was ihr strukturelles Gewicht auf den Kapitalmärkten verdeutlicht. Aus sektoraler Sicht übersteigt diese aggregierte Marktkapitalisierung diejenige mehrerer traditioneller Wirtschaftssektoren in ihrer Gesamtheit, wie beispielsweise der börsennotierten westlichen Erdölindustrie oder des europäischen Bankensektors, und ist vergleichbar mit der von umfangreichen wirtschaftlichen Infrastrukturkomplexen.

Die Strategie, die diesem rasanten Wachstum zugrunde liegt, ist seit fast einem Jahrzehnt empirisch genau dokumentiert (Smyrnaios, 2017). Sie basiert auf einer doppelten Dynamik:

Einerseits ermöglicht die vertikale Integration diesen Unternehmen die Kontrolle über die gesamte digitale Wertschöpfungskette, bestehend aus Hardware-Infrastrukturen (Rechenzentren, Netzwerke), Zugangsgeräten und wesentlichen Software-Ebenen wie Betriebssystemen; zum anderen besteht die horizontale Diversifizierung darin, substituierbare Dienste zu bündeln, die für die Nutzer*innen ähnliche Funktionen erfüllen, beispielsweise Kommunikation sowie den Zugang zu Informationen und Inhalten.

Zur Veranschaulichung: im Bereich der Suchmaschinen kontrolliert Google seit fast zwanzig Jahren etwa 90 % des Weltmarktes, abgesehen von einigen nennenswerten Ausnahmen wie China oder, in geringerem Maße, Russland und

dem Iran. Im Bereich der sozialen Netzwerke und Instant-Messaging-Dienste kontrolliert Meta den Großteil der weltweit beliebtesten Dienste. Im Cloud-Bereich hält Amazon, der Marktführer im E-Commerce, allein ein Drittel des Weltmarktes, gefolgt von Microsoft Azure und Google Cloud, sodass drei Unternehmen zwei Drittel dieser Infrastruktur konzentrieren, die für die gesamte Weltwirtschaft mittlerweile von entscheidender Bedeutung ist. Microsoft und Google sowie Apple, der weltweit führende Gerätehersteller, halten mehr als 90 % des Weltmarktes für Betriebssysteme für Smartphones und Computer.

Das Aufkommen der IAG (Künstliche Intelligenz, Großdaten und Cloud) wirkt als starker Beschleuniger dieser Konzentration. Die Entwicklung ausgefeilter Sprachmodelle erfordert gigantische Investitionen in Recheninfrastrukturen und einen uneingeschränkten Zugang zu Datenbeständen. So ist der Aufstieg von Nvidia, OpenAI, xAI und Anthropic neben Google, Meta, Amazon, Apple und Microsoft zu beobachten, mit denen sie gezielte Allianzen eingehen.

Zu diesem strategischen Sektor kommt noch die Raumfahrt hinzu, in der Jeff Bezos (Blue Origin) und Elon Musk (SpaceX) wichtige Positionen einnehmen. Letzteres Projekt, xAI und SpaceX zu fusionieren, um Rechenzentren im Orbit zu errichten, wird auf über 1.500 Milliarden Dollar geschätzt. Die oligopolistischen Akteure des Silicon Valley weiten ihre Aktivitäten auf andere Bereiche wie Gesundheit, Energie, Verkehr, Robotik, Verteidigung usw. Die Umwandlung dieser Unternehmen in Infrastrukturen der Weltwirtschaft, die sich durch ihre Unverzichtbarkeit und Allgegenwärtigkeit auszeichnen, ist das Ergebnis dieser Konzentrationsdynamik.

Die zweite Dimension des digitalen Imperialismus besteht darin, dass die Big-Tech-Unternehmen nicht einfach nur sehr große, rein wirtschaftliche Einheiten sind, die im Wettbewerb oder in Symbiose mit den Staaten stehen. Die Verflechtung zwischen den großen Digitalunternehmen und dem militärisch-sicherheitspolitischen Apparat der USA ist weder zufällig, konjunkturell bedingt noch rein funktional – sie ist organisch in dem Sinne, wie Serfati (2026) diesen Begriff verwendet. Die militärisch-industriellen Systeme stellen seiner Ansicht nach Institutionen sui generis dar, die an der Schnittstelle zwischen Politik und Wirtschaft angesiedelt sind und deren digitales Kapital mittlerweile zu einem wesentlichen Bestandteil geworden ist. Dies bezeichnet er als den „totalitären Kern“ des zeitgenössischen Kapitalismus, der durch massive Investitionen in die KI-Branche neu belebt wird.

Diese Integration ist nicht neu: Sie hat eine lange Genealogie, die Mirrlees (2015) in der Tradition Schillers dokumentiert. Bereits in den 1960er Jahren hat der militärisch-industriell-kommunikative Komplex (MICC) die US-amerikanischen Kommunikationsunternehmen mit dem Verteidigungsministerium verknüpft. Dieses wiederum subventionierte deren Forschung und Entwicklung und verschaffte ihren Produktionen gleichzeitig einen beträchtlichen geschlossenen Markt. Mirrlees zeigt in einer anderen Arbeit (2017), wie das Pentagon durch sein System der auflagengebundenen Unterstützung der Hollywood-Produktion als „Agentur für Kulturpolitik" fungiert und die medialen Narrative zugunsten einer militaristischen Weltanschauung lenkt, ohne dass diese Unterstützung als Propaganda wahrgenommen wird.

Laut Broca (2026) stellt die „Pax Silica" eine zeitgenössische Ausprägung derselben Logik dar: Die Verträge zwischen Amazon und der CIA, zwischen Microsoft und dem Pentagon, zwischen Google und der NSA oder die Vergabe eines Cloud-Auftrags im Wert von mehreren Dutzend Milliarden Dollar an ein Konsortium aus fünf Unternehmen im Auftrag von siebzehn Geheimdiensten sind die aktuellen Manifestationen einer Verflechtung, die schon immer die Grundlage des US-amerikanischen digitalen Kapitalismus bildete. Und die Doktrin von Alex Karp, dem CEO von Palantir, formuliert unverblümt die Prinzipien des digitalen Imperialismus:

„Die Elite der Ingenieure aus dem Silicon Valley hat die Pflicht, sich an der Verteidigung der Nation zu beteiligen (…) Damit sich freie und demokratische Gesellschaften durchsetzen können, bedarf es mehr als nur eines moralischen Appells. Es bedarf roher Macht, und in diesem Jahrhundert wird diese Macht auf Software beruhen (…) Ein Zeitalter der Abschreckung, das Atomzeitalter, neigt sich dem Ende zu, und ein neues Zeitalter der Abschreckung, das auf künstlicher Intelligenz basiert, steht kurz vor seinem Beginn" (Karp, Zamiska, 2025).

Der im Februar 2026 gegen den Iran ausgelöste Krieg veranschaulicht auf eindrucksvolle Weise die organische Verflechtung zwischen dem digitalen Oligopol und dem US-Militärapparat. Die Operation „Epic Fury" wurde von mehreren Beobachter*innen als erste groß angelegte militärische Offensive bezeichnet, die weitgehend durch künstliche Intelligenz unterstützt wurde.

Das „Maven Smart System" von Palantir – dessen Marktkapitalisierung im ersten Quartal 2026 360 Milliarden Dollar erreichte, was zum Teil auf die laufenden

Konflikte zurückzuführen war – ermöglichte es, mehrere hundert Ziele innerhalb weniger Stunden zu identifizieren, zu geolokalisieren und nach Priorität zu ordnen – ein beispielloses Tempo, das durch die massive algorithmische Verarbeitung von Satellitendaten, von Überwachungsbildern und menschlichen Erkenntnissen ermöglicht wurde.

Das Modell „Claude“ von Anthropic wurde in diese Systeme integriert, um die strategische Analyse und die Interaktion zwischen den verschiedenen Ebenen des Zielerfassungssystems zu erleichtern. Die Weltraumkommunikationsinfrastruktur „Starshield“ von SpaceX sorgte für die Datenübertragung in Echtzeit zwischen autonomen Drohnen, Bodensensoren und Kommandozentralen.

Dieser massive und zugleich hochentwickelte technologische Einsatz konnte den Tod Tausender ziviler Opfer nicht verhindern, die bei den US-amerikanischen und israelischen Bombardements ums Leben kamen. Er reiht sich jedoch in eine Entwicklung ein, die mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine und anschließend mit der Zerstörung des Gazastreifens durch die israelische Armee begann. Dies zeigt, dass Digitalunternehmen den Kriegseinsatz mittlerweile nicht mehr von außen unterstützen, sondern dessen Nervensystem in seiner unmittelbarsten operativen Dimension bilden.

Der Rahmen des digitalen Imperialismus umfasst eine dritte Dimension: die Dynamik der Rivalitäten zwischen kapitalistischen Mächten um die Kontrolle über Ressourcen und Märkte der digitalen Wirtschaft. Louçã und Machado (2026) betonen, dass der Rückgang der Rentabilität die interimperialistischen Rivalitäten verschärft und dass die von der Trump-Regierung verhängten Zölle – trotz ihrer Verrenkungen – das Ende des in den 1990er Jahren eingeleiteten Regimes der neoliberalen Globalisierung symbolisieren. Nach Bürbaumer (2024) ermöglicht diese Lesart der internationalen Lage, den chinesisch-amerikanischen Handels- und Technologiekonflikt nicht als vorübergehenden Zwischenfall in einer Globalisierung zu begreifen, die wieder ihren Lauf nehmen würde, sondern als Ausdruck eines strukturellen Widerspruchs zwischen kapitalistischen Blöcken.

Der Krieg um Halbleiter zwischen den USA und China, die Konflikte um Seltene Erden, die Beschränkungen für Huawei in der EU, der erzwungene Verkauf der US-Tochtergesellschaft von TikTok, der Wettbewerb um Fachkräfte im Bereich der künstlichen Intelligenz und um Trainingsdaten für große Sprachmodelle sind allesamt Ausdruck dieser interimperialen Rivalität im digitalen Bereich.

Bradford (2023) liefert eine analytische Kartografie aus liberaler Perspektive, die in Bezug auf die Fakten mit marxistischen Interpretationen übereinstimmt, und unterscheidet dabei drei Modelle der digitalen Governance: das US-amerikanische „marktorientierte“, das chinesische „staatlich orientierte“ und das europäische „rechtsorientierte“ Modell, die in Wirklichkeit drei unterschiedliche Konfigurationen desselben digitalen Kapitalismus darstellen, die miteinander im Wettbewerb stehen, um die Normen, Standards und Spielregeln der Weltwirtschaft festzulegen.

Mirrlees (2024) weist zu Recht darauf hin, dass der Aufstieg Chinas in diesem Bereich als die Entstehung eines eigenen digitalen und medialen Imperialismus – unter Einsatz von Instrumenten, die denen der Vereinigten Staaten ähneln – analysiert werden muss und nicht als Alternative zur imperialen Logik an sich. Die sich abzeichnende multipolare Welt ist keine postimperiale Welt, sondern eine Welt verstärkter interimperialer Rivalitäten.

Die vierte Dimension des digitalen Imperialismus ist jene, die die wirtschaftlichen Veränderungen am unmittelbarsten mit den politischen Formen verknüpft. Louçã und Machado (2026) identifizieren die Entstehung einer „zweiköpfigen Oligarchie“ – institutionelle Vermögensverwalter und Techno-Oligarchen – als die wichtigste Neuerung der Klassenstruktur nach 2008.

Diese beiden Fraktionen der Bourgeoisie, die zwar in unterschiedlichen Sektoren angesiedelt sind, aber durch ihre gemeinsame Abhängigkeit von außergewöhnlichen Renditen verbunden sind, wie sie nur Monopolpositionen ermöglichen, konvergieren in systemischen Tendenzen:

Rentenwirtschaft, verstanden als Verallgemeinerung von Monopolstellungen in der gesamten Wirtschaft;

die Vermarktung aller Lebensbereiche, d. h. die Ausweitung der Marktlogik auf Bereiche des menschlichen Daseins, die zuvor der kapitalistischen Verwertung entzogen waren;

die Oligarchisierung, d. h. die Bildung politischer Apparate, die direkt mit oligarchischen Interessen verbunden sind;

und Krieg als Form der externen Lösung von Akkumulationswidersprüchen.

Fuchs (2026) theoretisiert diese Konfiguration unter dem Begriff „autoritärer digitaler Kapitalismus“, dessen Grenze zum Faschismus seiner Meinung nach durchlässig ist und zunehmend überschritten wird. Die Unterscheidung zwischen den von ihm identifizierten Facetten des digitalen Faschismus – von der autoritären Persönlichkeit bis zum Nationalismus, von der Propaganda bis zu den digitalen Milizen – ermöglicht es, den politischen Wandel der digitalen Oligarchie nicht als konjunkturellen Zufall, sondern als strukturelles Merkmal zu begreifen: Das auf dem uneingeschränkten Zugang zu personenbezogenen Daten basierende Wirtschaftsmodell kollidiert objektiv mit den Prinzipien der freien Meinungsäußerung, der Privatsphäre und der demokratischen Souveränität, die das formale Fundament liberaler Demokratien bilden. Die schrittweise Aushöhlung dieser Prinzipien ist kein Nebeneffekt der digitalen Vorherrschaft, sondern deren langfristige Voraussetzung, die mit der gegenwärtigen Transformation des öffentlichen Raums einhergeht.

IV. Die Plattformisierung des öffentlichen Raums

In der politischen Philosophie wird der öffentliche Raum als Sphäre der Kommunikation und Vermittlung zwischen Staat und Gesellschaft sowie zwischen einer Vielzahl von Gruppen und Organisationen innerhalb der Gesellschaft selbst definiert (Habermas, 1978). Eine der wichtigsten Komponenten des öffentlichen Raums sind die Kultur- und Medienbranchen, in denen sich eine große Vielfalt öffentlicher Diskurse entfaltet, die von einer Vielzahl von Akteuren verbreitet werden. Dies geschieht mit dem Ziel, in der Öffentlichkeit sichtbar und einflussreich zu werden. Die konkrete Funktionsweise des öffentlichen Raums wirkt sich somit auf die Meinungsbildung, auf institutionalisierte Deliberationsprozesse wie Wahlen und, noch grundlegender, auf soziale Vorstellungen aus.

Aus materialistischer Sicht besteht eine dialektische Beziehung zwischen der politischen Ökonomie und den Veränderungen, die der symbolische und materielle Raum durchläuft, in dem Diskurse, Ideen und Meinungen zirkulieren – und dies im Laufe der Geschichte (Negt, 2007). Denn der öffentliche Raum der Moderne ist untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden und wird daher durch dessen Logiken überdeterminiert. Aus diesem Grund ist er Gegenstand politischer Kämpfe und antagonistischer Klassenverhältnisse. Die Macht, die dort vorherrschende Weltanschauung zu beeinflussen, ist ungleichmäßig auf die

sozialen Gruppen verteilt, die diese Macht beanspruchen, je nach dem Kräfteverhältnis, das sie untereinander herstellen.

Allerdings sind für die politische Ökonomie der Kommunikation die Informations- und Kulturindustrien nicht bloße Träger ideologischen Einflusses, sondern gehören zum wirtschaftlichen Kern des Imperialismus. Schiller sagt nicht einfach, dass die Medien dem Imperialismus der Vereinigten Staaten „dienen" oder dessen Ideologie verbreiten. Für ihn sind sie eine der wirtschaftlichen Triebkräfte, und ihre weltweite kommerzielle Expansion ist eine Form imperialer Expansion.

Daher ist die Doktrin des „free flow of information", die während des Kalten Krieges als universelles Ideal der Kommunikationsfreiheit dargestellt wurde, in Wirklichkeit der ideologische Träger dieser Expansion, funktional vergleichbar mit dem britischen Freihandel des 19. Jahrhunderts (Schiller, 1978). Es handelt sich hierbei um eine Herrschaftstheorie, die aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht das Ökonomische nicht vom Ideologischen trennt, sondern beide in ein und derselben strukturellen Logik miteinander verknüpft.

Diese Verknüpfung ist auch heute noch relevant. Sie ermöglicht es zu verstehen, warum sich die Dominanz US-amerikanischer digitaler Plattformen im globalen Informationsraum nicht auf ein Marktphänomen reduzieren lässt, sondern untrennbar mit der politischen Hegemonie und der staatlichen Unterstützung verbunden ist, die ihr zugrunde liegen. Mirrlees (2015) zeigt, dass die von Schiller identifizierten Strukturen (Dominanz der USA auf den globalen Medienmärkten, organische Verbindung zwischen der Kommunikationsindustrie und dem Verteidigungsministerium, Nutzung der internationalen Handelspolitik zur Durchsetzung von Normen zugunsten US-amerikanischer Unternehmen) fortbestehen und sich in der Zeit nach 2008 trotz erheblicher Veränderungen im Medienökosystem gefestigt haben.

Schiller verstand den öffentlichen Raum als einen bereits bestehenden Raum, den die US-amerikanische Kulturindustrie zu besetzen, zu beeinflussen und ideologisch zu prägen suchte, indem sie dort Inhalte verbreitete, die die Werte und den „American Way of Life" vermittelten. Es handelt sich um eine Theorie der Dominanz im öffentlichen Raum, nicht um eine Theorie der Dominanz über den öffentlichen Raum selbst. Was jedoch die aktuelle Phase des digitalen

Imperialismus auszeichnet, ist gerade, dass sich die großen Plattformen nicht mehr damit begnügen, Inhalte über einen bereits bestehenden öffentlichen Raum wie die Medien zu verbreiten, sondern dass sie dessen Infrastruktur selbst bilden, und zwar nach einer Logik der kapitalistischen Akkumulation, die die Bedingungen der demokratischen Meinungsbildung tiefgreifend umgestaltet. Diese Verlagerung von der Kontrolle der Inhalte hin zur Kontrolle der Infrastruktur ihrer Verbreitung ist sowohl tiefgreifend als auch qualitativ. Sie erfordert daher ein eigenständiges Konzept.

Der Begriff der „Plattformisierung des öffentlichen Raums" (Smyrnaios, Baisnée, 2023) bezeichnet den Prozess, durch den die Infrastrukturen, die wirtschaftlichen Mechanismen und die Verwaltungslogiken der oligopolistischen Akteure der Digitalwirtschaft in den Bereich der sozialen Vermittlung eindringen und diesen umgestalten – dort, wo Meinungen entstehen, kollektive Vorstellungen konstruiert und politische Agenden definiert werden. Es handelt sich dabei nicht um einen Einfluss der Medien auf die Politik im klassischen Sinne der Agenda-Setting-Theorie, sondern um die Kontrolle über die Architektur selbst, durch die Politik entsteht und zirkuliert.

Auf wirtschaftlicher Ebene haben die oligopolistischen Akteure der Digitalbranche das Mediensystem insgesamt umgestaltet, indem sie gezielte Werbung auf der Grundlage der Verhaltensüberwachung der Nutzer*innen als vorherrschenden Rahmen für die Produktion und Verbreitung von Informationsinhalten durchgesetzt haben. Diese Umstrukturierung ist nicht neutral: sie schafft eine finanzielle Abhängigkeit der Medien von den Plattformen, die die wichtigsten Vertriebskanäle für ihre Inhalte kontrollieren und den Großteil der Werbeeinnahmen abschöpfen.

Die Medien befinden sich somit in einer asymmetrischen Beziehung zu den Plattformen: Sie produzieren die Inhalte, die das Publikum der Plattformen versorgen, während diese den damit verbundenen Werbewert abschöpfen, ohne den Produzent*innen mehr als einen marginalen Bruchteil davon zurückzugeben. Dieses Verhältnis ist konstitutiv für eine Form des digitalen Imperialismus, der sich innerhalb der entwickelten Volkswirtschaften selbst vollzieht, unabhängig von jeglicher Nord-Süd-Beziehung.

Auf politischer Ebene verbreiten Google, Instagram, TikTok oder ChatGPT nicht unbedingt eine spezifisch ausgerichtete Botschaft. Sie schaffen jedoch eine

Architektur der Aufmerksamkeit. Ihr Geschäftsmodell basiert auf der Maximierung der Verweildauer der Nutzer*innen, was ihre Empfehlungsalgorithmen auf Inhalte ausrichtet, die die intensivsten Reaktionen hervorrufen – Empörung, Angst, Polarisierung –, unabhängig von deren Wahrheitsgehalt oder ihrer Relevanz für die demokratische Meinungsbildung.

Zudem bauen die Giganten aus dem Silicon Valley privilegierte Beziehungen zu bestimmten mächtigen Mediengruppen auf, die entweder deren Logik übernehmen oder über großen politischen Einfluss verfügen, zum Nachteil anderer, die eine redaktionelle Minderheitsposition oder eine anti-hegemoniale Haltung vertreten. Dies führt zu einer Asymmetrie innerhalb des Medienfeldes und schadet dem Pluralismus.

Es geht also nicht um die Dominanz eines bestimmten Inhalts oder einer bestimmten politischen Linie, sondern um die Dominanz einer kulturellen Form, einer Logik der Verbreitung, die systemische ideologische Auswirkungen hervorruft, ohne dass ein Propagandist den Prozess direkt steuern muss. Wie Fuchs (2026) zeigt, sind Verhaltensüberwachung, die Ausnutzung kognitiver Verzerrungen, die Bildung von Echokammern und die virale Verbreitung rassistischer Inhalte keine Systemfehler, sondern strukturelle Merkmale des Systems, die mit der Logik der Optimierung des Engagements einhergehen.

Diese kulturelle Form steht im Einklang mit dem reaktionären Kurswechsel der digitalen Oligarchie. Demokratische Regulierung, der Schutz personenbezogener Daten, Arbeitnehmer*innenrechte und kartellrechtliche Vorschriften stellen ebenso viele objektive Hindernisse für die grenzenlose Expansion von Unternehmen dar, deren Wertsteigerung auf dem uneingeschränkten und unregulierten Zugang zu Daten, Verhaltensweisen und Kommunikationsinfrastrukturen beruht.

Dies ist der politische Ausdruck eines strukturellen Widerspruchs: Das Modell der Akkumulation und Herrschaft des digitalen Imperialismus ist unvereinbar mit den liberal-demokratischen Institutionen, die es vorgibt zu verteidigen. Um es mit den Worten von Peter Thiel, Mitbegründer von Palantir zu sagen: Freiheit und Demokratie sind nicht mehr miteinander vereinbar. Diese Beobachtungen laufen auf das hinaus, was der Begriff der „Plattformisierung des öffentlichen Raums“ analysieren lässt: eine systemische Transformation der Bedingungen demokratischer Entscheidungsprozesse, die nicht nur durch Mechanismen der

Zensur oder direkter Propaganda erfolgt, sondern auch und vor allem durch die Umstrukturierung der Infrastrukturen, über die sich das politische Leben entfaltet.

So steht der Begriff der „Plattformisierung des öffentlichen Raums“ in einer intellektuellen Tradition, die auf Schiller und die klassische politische Ökonomie der Kommunikation zurückgeht. Sie geht jedoch in mindestens zwei Punkten darüber hinaus. Die erste Weiterentwicklung betrifft die oben erwähnte militärisch-industrielle Integration. Schiller hatte das Bündnis zwischen der Kommunikationsindustrie und dem US-Militärapparat erkannt, betrachtete diese jedoch noch als zwei getrennte Sphären, die sich gegenseitig unterstützten.

Die heutige Konfiguration ist qualitativ anders. Die militärisch-industriellen Systeme bilden nun integrierte Institutionen, in denen die Grenze zwischen ziviler und militärischer Produktion, zwischen kommerzieller und staatlicher Überwachung, zwischen Kriegspropaganda und Markenkommunikation strukturell durchlässig ist. Digitale Plattformen „dienen“ nicht mehr dem militärischen Imperialismus, sie sind organische Bestandteile desselben, deren Infrastrukturen zur Datenverarbeitung, die Algorithmen zur Verhaltensmodellierung und die Netzwerke zur Informationsverbreitung unterschiedslos für kommerzielle, politische und militärische Zwecke mobilisiert werden. Darin besteht die qualitative Radikalisierung des schiller’schen Kulturimperialismus durch den digitalen Imperialismus – und nicht bloß dessen technologische Aktualisierung.

Die zweite Überwindung betrifft den Widerspruch, der sich aus der partizipativen und agonistischen Dimension des digitalen öffentlichen Raums ergibt. Schiller verstand Massenkommunikation als einen im Wesentlichen von oben nach unten gerichteten Fluss – von den US-amerikanischen Zentren der Kulturproduktion hin zu mehr oder weniger passiven Zielgruppen in der Peripherie. Diese Vorstellung war bereits zu seiner Zeit unzureichend und ist es erst recht im Zeitalter der sozialen Netzwerke, in dem die Produktion von Inhalten massiv dezentralisiert ist und in der sich soziale Bewegungen in einem in der Mediengeschichte beispiellosen Tempo bilden und verbreiten können.

Die Gelbwesten, #MeToo, Black Lives Matter und die Klimabewegungen haben die Infrastrukturen der Plattformen genutzt, um Gegenöffentlichkeiten aufzubauen und Themen auf die öffentliche Agenda zu setzen, die von den

traditionellen Medien ignoriert oder an den Rand gedrängt worden wären. Der plattformbasierte öffentliche Raum erscheint somit gleichzeitig als Schauplatz der Herrschaft und als Schauplatz des Kampfes um Hegemonie im gramscianischen Sinne, durchzogen von Widersprüchen und Widerständen, und nicht nur als Instrument der Manipulation.

Diese Erkenntnis berücksichtigt soziologische Beiträge, insbesondere aus den Cultural Studies, die gezeigt haben, dass die Medien keinen Raum totaler und unidirektionaler Herrschaft darstellen: Sie sind von alternativen Nutzungsformen durchzogen, die über die Logik der Akkumulation hinausgehen. Was die Plattformen bestimmen, ist nicht der Inhalt politischer Kämpfe, sondern die Bedingungen ihrer Sichtbarkeit, ihrer Verbreitung und ihrer Institutionalisierung. Sie entscheiden, welche Inhalte verstärkt oder unterdrückt werden, welche Mobilisierungen monetarisierbar sind und welche nicht, in welchem Rhythmus Kontroversen durch andere ersetzt werden und nach welchen Logiken sich politische Gemeinschaften segmentieren. Diese zunehmende Komplexität der Bedingungen für die Entfaltung des Politischen ist subtiler und tiefgreifender als Zensur oder direkte Propaganda und kann unter bestimmten Bedingungen auch eine Ressource für soziale Bewegungen darstellen.

Fazit: Der digitale Imperialismus und das Ende der US-amerikanischen Ordnung – eine Hypothese

Der zurückgelegte theoretische Weg führt zu einem Gesamtvorschlag. Der Techno-Feudalismus stößt trotz der Stichhaltigkeit seiner Teildiagnosen zu Profitorientierung und Monopolisierung auf erhebliche politische Grenzen. Der von mir vorgeschlagene Begriff des digitalen Imperialismus begegnet diesen, indem er fünf Dimensionen miteinander verknüpft, die konkurrierende Ansätze getrennt behandeln:

erstens die monopolistische Logik des Kapitals in ihrer Phase nach 2008, bildet die wirtschaftliche Grundlage für die Vorherrschaft der Big Tech;

zweitens stellt der militärisch-digitale Komplex kein konjunkturelles Bündnis zwischen getrennten Sphären dar, sondern eine organische Integration zwischen dem digitalen Oligopol, dem Staatsapparat und dem militärisch-industriellen

Komplex, dessen Ursprünge bis zu den Anfängen des Silicon Valley zurückreichen;

drittens bilden die interimperialen Rivalitäten die systemische Dynamik: eine sich herausbildende multipolare Welt, durchzogen von wachsenden Widersprüchen zwischen kapitalistischen Blöcken, die um die strategischen Ressourcen der digitalen Wirtschaft konkurrieren;

viertens, bildet die oligarchische Neugestaltung die politische Form, deren autoritärer Kurs strukturell aus dem Zusammenprall zwischen ihrem Akkumulationsmodell und den liberal-demokratischen Institutionen resultiert;

fünftens die Plattformisierung des öffentlichen Raums, womit der Prozess bezeichnet wird, durch den sich die Infrastrukturen digitaler Plattformen nicht mehr damit begnügen, Inhalte über einen bereits bestehenden öffentlichen Raum zu verbreiten, sondern dessen Architektur selbst sowie die Bedingungen für Sichtbarkeit, Zirkulation und Legitimation des Politischen bilden.

Am Ende dieser theoretischen Ausarbeitung erscheint es uns möglich, eine abschließende Hypothese zu formulieren, die angesichts der jüngsten Ereignisse ernst zu nehmen ist, ohne dabei den Anspruch zu erheben, deren Ausgang vorherzusagen. Der Krieg gegen den Iran und die daraus resultierende Energie- und geopolitische Krise stellen ein Ereignis dar, das Widersprüche offenbart und beschleunigt, die gerade im Rahmen des digitalen Imperialismus erfasst werden können.

Indem die Vereinigten Staaten einen großen Konflikt auslösen, der eine weltweite Energiekrise hervorruft, die mit den Schocks der 1970er Jahre vergleichbar ist, setzen sie gleichzeitig die klassischen Instrumente des fossilen Imperialismus ein – Sicherung der Öltransportwege, Aufrechterhaltung der Ordnung in der Golfregion – und die Werkzeuge des digitalen Imperialismus – Informationskrieg, Cyberoperationen, militärischer Einsatz künstlicher Intelligenz. Beide Komplexe laufen in dieser Operation zusammen.

Doch die daraus resultierende Krise offenbart einen tiefgreifenden Widerspruch innerhalb der US-Hegemonie selbst: Indem sie die Architektur des Petrodollars untergraben, ihre Außenpolitik noch stärker an die Ziele Israels unter Netanjahu binden und sich von ihren wichtigsten Verbündeten wie den europäischen Staaten entfernen, setzen die USA ihre eigene Hegemonie einem strukturellen Risiko aus,

das ihre Gegner allein nicht hätten verursachen können. Diese Feststellung wird durch die Widerstandsfähigkeit des Iran untermauert, der von der technologischen, politischen und militärischen Unterstützung Chinas, Russlands und mittlerer Mächte wie Pakistan profitiert.

Die Hypothese, die wir daher aufstellen, lautet: Der Krieg im Iran und die Ölkrise könnten den Eintritt in die Endphase der amerikanischen Ordnung, wie sie sich seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Blocks herausgebildet hat, beschleunigen. Dieser Krieg ist gepaart mit einer potenziellen Regierungskrise innerhalb der Vereinigten Staaten selbst – verursacht durch die Auswüchse des Trumpismus, dessen Politik im Widerspruch zu den Prioritäten des Establishments steht, wie beispielsweise der Unterstützung der NATO. Nicht das Ende des Imperialismus als strukturelle Logik des Kapitalismus, sondern das Ende der Hegemonie eines einzigen, konkurrenzlosen Imperiums.

Sollte sich diese Hypothese bestätigen, wäre die daraus resultierende Welt nicht postimperial, sondern multiimperial und geprägt von verschärften Rivalitäten, bei denen der digitale öffentliche Raum zugleich den Streitpunkt und das Hauptschlachtfeld darstellen würde.

In diesem Rahmen gewinnt die Analyse der Plattformisierung des öffentlichen Raums ihre volle strategische Dimension. Sie setzt voraus, dass man die Logik des profitorientierten Eigentums, die die Plattformen prägt, in Frage stellt, Räume der Meinungsbildung wiederaufbaut, deren Infrastruktur nicht der kapitalistischen Akkumulation unterworfen ist, und Kommunikation als gemeinsame Ressource statt als Markt zu begreifen. Nur unter dieser Voraussetzung kann die Kritik am digitalen Imperialismus zu etwas anderem führen als zu einem fundierten Pessimismus.

Die Analyse erschien in Inprecor.fr und Contretemps auf Französisch. Wir haben sie automatisiert übersetzt und auf grobe Fehler durchgesehen.

https://inprecor.fr/au-dela-du-techno-feodalisme-pour-une…

Literaturverzeichnis

Bradford, A. (2023). Digital empires: The global battle to regulate technology. Oxford University Press.

Broca, S. (2017). Le digital labour, extension infinie ou fin du travail ? Tracés. Revue de Sciences humaines, 32, 133–144.

Broca, S. (2026, avril). Les noces de l'IA et de l'État. Le Monde diplomatique.

Bürbaumer, B. (2024). Chine/États-Unis, le capitalisme contre la mondialisation. La Découverte.

Casilli, A. (2019). En attendant les robots. Enquête sur le travail du clic. Seuil.

Coelho, O. (2023). Géopolitique du numérique : L'impérialisme à pas de géants. Les éditions de l'Atelier.

Couldry, N., & Mejias, U. A. (2022). Le colonialisme des données : Repenser la relation entre le big data et le sujet contemporain. Questions de communication, 42(2), 205–221.

Cui, K. Z., Demirer, M., Jaffe, S., Musolff, L., Peng, S., & Salz, T. (2026). The effects of generative AI on high-skilled work: Evidence from three field experiments with software developers. Management Science.

Durand, C. (2020). Techno-féodalisme. La Découverte.

Durand, C. (2022, juillet-août). Scouting capital's frontiers. New Left Review, 136.

Durand, C. (2025, octobre). Où le numérique nous emmène-t-il ? Réponse à Evgeny Morozov. Contretemps.

Fuchs, C. (2026). Digital fascism and digital capitalism. Philosophy and Social Criticism.

Habermas, J. (1978). L'espace public : Archéologie de la publicité comme dimension constitutive de la société bourgeoise. Payot.

Harribey, J.-M. (2025). Capitalisme productif et/ou capitalisme rentier ?

Jacobsen, B. N. (2025). Review article: Data, algorithms and the asymmetric politics of extraction. The Sociological Review, 73(6), 1349–1367.

Jin, D. Y. (2015). Digital platforms, imperialism and political culture. Routledge.

Karp, A. C., & Zamiska, N. W. (2025). The technological republic: Hard power,

soft belief, and the future of the West. Crown Currency.

Kwet, M. (2021). Digital colonialism: The evolution of US empire. Transnational Institute.

Lebayle, S., & Pinsard, N. (2021). L’économie numérique : Une involution du mode de production capitaliste ? Revue de la régulation, 30.

Lehdonvirta, V. (2022). Cloud empires: How digital platforms are overtaking the state and how we can regain control. MIT Press.

Louçã, F., & Machado, D. (2026, février). Nouvelles et anciennes oligarchies : Transformations du régime d’accumulation du capital. Contretemps.

Mirrlees, T. (2015). U.S. empire and communications today: Revisiting Herbert I. Schiller. TripleC: Communication, Capitalism & Critique, 13(2), 351–378.

Mirrlees, T. (2017). The DoD’s cultural policy: Militarizing the cultural industries. Media, Culture & Policy, 6(1).

Mirrlees, T. (2024). Ten postulates of a media imperialism framework: For critical research on China’s media power and influence in the Global South. Global Media and China, 9(4), 433–450.

Morozov, E. (2023). Critique de la raison techno-féodale. Variations, 26.

Morozov, E. (2025, août). Le numérique nous ramène-t-il au Moyen Âge ? Le Monde diplomatique.

Negt, O. (2007). L’espace public oppositionnel (A. Neumann, Trad.). Payot & Rivages.

Schiller, H. I. (1969). Mass communications and American empire. Beacon Press.

Schiller, H. I. (1976). Communication and cultural domination. M. E. Sharpe.

Schiller, H. I. (1978). Media and imperialism. Revue française d’études étasuniennes, 6(1), 1–12.

Serfati, C. (2026, janvier). Les systèmes militaro-industriels, noyau totalitaire du capitalisme contemporain. Contretemps.

Smyrnaios, N. (2017). Les GAFAM contre l’internet : Une économie politique du numérique. INA Éditions.

Smyrnaios, N. (2022). La nouvelle bourgeoisie issue de la Silicon Valley. La Pensée, 409(1), 31–42.

Smyrnaios, N., & Baisnée, O. (2023). Critically understanding the platformization of the public sphere. European Journal of Communication, 38(5), 435–445.

Smyrnaios, N. (2025a). L’espace public sous l’emprise du capital : De la presse bourgeoise aux géants de la Silicon Valley. Le Bord de l’Eau.

Smyrnaios, N. (2025b). Comprendre le virage réactionnaire de la Silicon Valley. La Pensée, 423(3), 7–18.

Varoufakis, Y. (2023). Technofeudalism: What killed capitalism. Bodley Head.

Vrousalis, N. (2025). Capitalisme et Big Tech : Pour une critique de l’hypothèse techno-féodale. Contretemps.

Winseck, D. (2017). The geopolitical economy of the global internet infrastructure. Journal of Information Policy, 7, 228–267.

Yasaei, K. (2025). Impérialisme de plateforme : Un regard depuis la périphérie (Thèse de doctorat, Université Paris 8 Vincennes–Saint-Denis).

Publié le 17 juin 2026 par Contretemps

Der Essay erschien in Contretemps und Inprecor.fr auf Französisch. Wir haben ihn automatisiert übersetzt und auf grobe Fehler durchgesehen.